



Metis

Studie

Stabilität in Afrika

Nr. 34 | Mai 2023

Metis Studien geben die Meinung der Autor*innen wieder. Sie stellen nicht den Standpunkt der Bundeswehr, des Bundesministeriums der Verteidigung oder der Universität der Bundeswehr München dar. Metis Studien richten sich an die politische Praxis. Sie werten Fachliteratur, Reports, Presstexte sowie Hintergrundgespräche mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Ministerien und Denkfabriken aus. Auf Referenzen wird verzichtet. Rückfragen zu Quellen können per Email an die Autor*innen gerichtet werden.

Institut für
Strategie & Vorausschau

Zusammenfassung

Politische Stabilität in Afrika wirkt sich auf die Sicherheit Europas und Deutschlands aus. Der Kontinent ist im Zuge von politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Transformationsprozessen weiterhin von Instabilitäten geprägt. Endogene und exogene Faktoren führen zu ethnischen und

transnationalen Konflikten und begünstigen ein Wiedererstarken des internationalen Terrors. Afrika wird zukünftig zunehmend Austragungsort des hegemonialen Wettbewerbs zwischen dem Westen, Russland und China.

Staatliche Stabilität auf dem afrikanischen Kontinent

Das Konzept der Stabilität ist eng mit dem Staatsbegriff verwoben. Im klassischen Sinn zeichnen sich Staaten durch die Elemente Staatsbevölkerung, Staatsgebiet und Staatsgewalt aus. Des Weiteren wird das Bereitstellen öffentlicher Güter und Dienstleistungen durch staatliche Institutionen für Bürger eines Staats als Indiz dafür gewertet, dass funktionierende Ordnungs- und Verwaltungsstrukturen vorliegen. Fehlt eines oder mehrere Elemente, spricht man von fragiler Staatlichkeit. Fragilität ist gemäß OECD-Definition bereits dann gegeben, wenn einer der Kernaspekte moderner Staatlichkeit erheblich geschwächt ist. Die Bezeichnungen zerfallene oder fragile Staaten orientieren sich somit eng an einem Staatsbegriff, der die Existenz funktionierender Nationalstaaten als Leitbild voraussetzt. Dieses Leitbild folgt einem *Western Bias*, der den europäischen Werte- und Rechtskanon sowie *Good Governance* als Maßstab funktionierender Staatlichkeit voraussetzt.¹ Folgt man dieser Lesart, finden sich im *Fragile States Index 2022* zwanzig afrikanische Nationen unter den ersten dreißig der instabilsten Staaten wieder, wobei Somalia, der Süd-Sudan und die Zentralafrikanische Republik den zweiten, vierten und fünften Platz einnehmen. Es handelt sich bei den zwanzig, mit Ausnahme

Libyens, ausschließlich um Sub-Sahara-Staaten (vgl. Abbildung 1). Eine Analyse der Konfliktintensitäten auf substaatlicher Ebene verdeutlicht, dass auch stabilere Staaten lokal mit Instabilitäten konfrontiert sind (vgl. Abbildung 2).

Die vorliegende Studie widmet sich primär Sub-Sahara Afrika und erörtert zunächst die generellen, endogenen und exogenen Ursachen für Instabilität, die Rolle externer staatlicher Akteure wie Russland und China sowie erste entwicklungspolitische Erfolge. Im Anschluss diskutiert sie sicherheitspolitische Implikationen und schlägt mögliche Handlungsempfehlungen für Deutschland und die EU vor.

Generelle Ursachen für Instabilität in Afrika

Durch den Entkolonialisierungsprozess seit den 1960er Jahren entstanden in Afrika zahlreiche neue Staaten. Das Gros dieser Staaten ist künstlich – ihre Grenzen sind meist ein Relikt europäischer Kolonialherrschaft. Aufgrund dieser Genese fehlte es meist an ethnischer, sprachlicher, kultureller oder religiöser Homogenität sowie einem historischen Gründungsmythos. In der Friedens- und Konfliktforschung stellte man fest, dass solche jungen Staaten zu mehr bewaffneten Konflikten, Revolutionen oder Bürgerkriegen neigen. Derzeit lassen sich Staatszerfallsprozesse in Mali, dem Niger, in Nigeria, der Zentralafrikanischen Republik, dem Sudan, dem Süd-Sudan, der Demokratischen Republik Kongo, in Libyen und Somalia registrieren. In niedrigerer Intensität sind jedoch noch weitaus mehr Staaten betroffen. Die Ursachen staatlicher Instabilität lassen sich dabei unterschiedlichen Analyseebenen zuordnen.

¹ Siehe „Fragile, failed und quasi states – mit wem sprechen wir?“, Metis Studie Nr. 5 (Mai 2018).

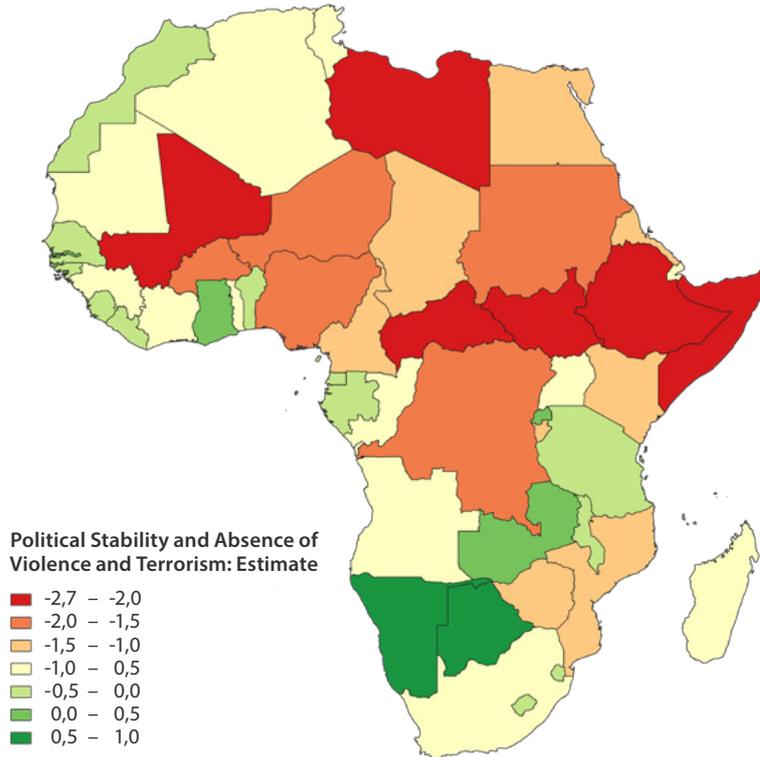


Abb. 1 Politische Instabilität auf staatlicher Ebene in Afrika, Mai 2023 | Quelle: Darstellung des Autors basierend auf Armed Conflict Location & Event Data Project

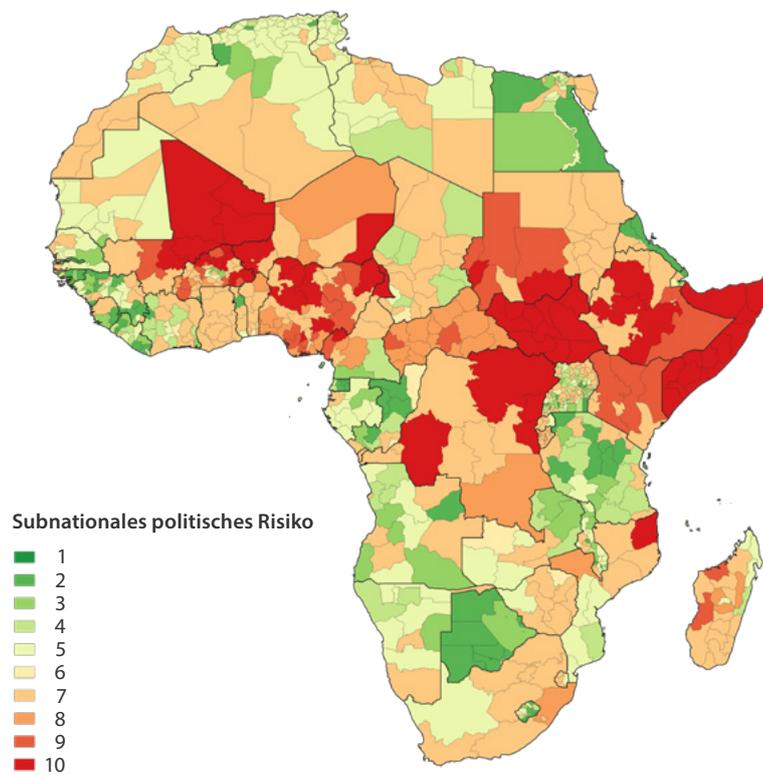


Abb. 2 Politische Instabilität auf substaatlicher Ebene in Afrika, Mai 2023 | Quelle: Darstellung des Autors basierend auf Armed Conflict Location & Event Data Project



Zu den endogenen Faktoren gehören Armut, Nepotismus, Korruption, Kleptokratie oder eine schwache Zivilgesellschaft. Afrikanische Staaten sehen sich zudem seit 2009 mit enormen Schulden konfrontiert, Investitionen versanden und staatliche Institutionen sind oftmals dysfunktional. Damit einhergehende wirtschaftliche Schwäche geht auf Kosten öffentlicher Bildungs- und Sozialleistungen. Solch sklerotische Staaten bieten einen Nährboden für organisierte Gewalt unterhalb der Kriegsschwelle. Kontrolle übt die Staatsmacht meist durch einen starken Sicherheitsapparat aus, wobei dieser oftmals auch ein Hort für anti-demokratische oder Anti-Regime-Kräfte ist. Dabei zeigt sich ein neuer Negativtrend. Während von 1990 bis 2018 25 Militär-Coups erfolgten, wurden im Zeitraum 2019 bis 2023 bereits 17 registriert. Positiv festzuhalten ist, dass die neueren Umstürze weniger blutig verlaufen. Dennoch schwächen diese Konflikte das soziale Kapital und das Vertrauen der Bevölkerung in die jeweilige Regierung, hindern ökonomische Prosperität und Rechtssicherheit, was wiederum Reformen behindert. Staatliche und gesellschaftliche Strukturen fallen auf religiöse, tribale, linguistische oder kommunale Identifikations- und Identitätsmuster zurück und begünstigen ethnische Konflikte. Extremistische Gruppen nutzen die staatliche Schwäche für Sezessionskonflikte, während eine Radikalisierung von Teilen der Bevölkerung als Ergebnis von Missgunst und Exklusion stattfinden kann.² Kriegsökonomien, in denen die Verteilung und Aneignung von Ressourcen gewaltgesteuert verläuft, sind oftmals die Folge. Ein Durchbrechen solcher negativen Kreisläufe wird erheblich erschwert.

Zu den exogenen Faktoren, die auf schwache staatliche Strukturen einwirken, zählen auf dem afrikanischen Kontinent nach wie vor die mangelnde Ernährungssicherheit, globale ökonomische Trends und negative Einflüsse des Klimawandels. Laut Schätzungen wird der Kontinent in den kommenden Jahren als Folge des Klimawandels 5 bis 15 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts verlieren. Bereits heute ist ein Fünftel der afrikanischen Bevölkerung (278 Millionen Menschen) unterernährt, während 55 Millionen Kinder aufgrund von schwerer Unterernährung unter gesundheitlichen Folgeschäden leiden. Da ein Großteil der Wirtschaftsleistung im primären (Landwirtschaft) und sekundären Sektor (Rohstoffindustrie) verortet und die Diversifizierung der Wirtschaft nur schwach ausgeprägt ist, ist der Grad staatlicher Resilienz bei schwankenden Weltmarktpreisen, Turbulenzen an den Finanzmärkten oder Ernteausfällen gering. Der tertiäre Dienstleistungssektor befindet sich in Afrika weiterhin in der Aufbauphase und kann externe Schocks, wie etwa die COVID-19-Pandemie oder den Klimawandel nur bedingt abfedern. Zudem wirkt

sich die staatliche Fragilität von Nachbarstaaten transnational negativ auf stabilere Staaten aus. Das Ergebnis ist, dass aufgrund der inhärenten Schwäche bisweilen selbst langjährige wirtschaftliche oder politische Stabilisierungsanstrengungen durch externe Faktoren zunichtegemacht werden. Als Folge der COVID-19-Pandemie konnten im Zeitraum von 2019 bis 2021 nur acht Länder in Afrika einen leichten Anstieg ihres *Human Development Index* (HDI) verzeichnen, während 40 Länder einen Rückgang hinnehmen mussten. Auch strukturelle und geographische Faktoren sind ursächlich für Instabilität auf dem Kontinent. 16 der 54 afrikanischen Staaten sind Binnenstaaten ohne direkten maritimen Zugang zum Weltmarkt. Genau diese Staaten rangieren auf dem HDI auf den untersten Rängen. Solche landumschlossenen Staaten sehen sich aufgrund der Distanz zu Umschlagshäfen und mangelnder Infrastruktur mit hohen Transitkosten konfrontiert. Zu den geographischen Faktoren gesellen sich klimatische Bedingungen wie geringe Anbauflächen, Wasserknappheit und Desertifikation hinzu. Auch diese stellen schwache Staaten vor schwer überwindbare Herausforderungen.³

Afrikanische Erfolge

Es gibt jedoch auch zaghafte Erfolge zu verzeichnen. Die wirtschaftliche Entwicklung einiger afrikanischer Staaten ist seit einigen Jahren trotz endogener und exogener Störfaktoren von hohen Wachstumsraten gezeichnet. In vielen Staaten entsteht erstmals eine Mittelschicht. Trotz externer Schocks wächst laut Weltbank die Wirtschaft auf dem Kontinent um 3,6 Prozent, während sich einzelne Staaten wie Kenia oder Elfenbeinküste als besonders resilient und anpassungsfähig erweisen. Die internationale Arbeitsorganisation publizierte jüngst 38 Erfolgsgeschichten, die die Transition von informeller zu formeller Arbeit in zahlreichen afrikanischen Staaten dokumentieren. Auch bei der Jugendarbeitslosigkeit und dem Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen werden kleinere Erfolge vermeldet. Dies wiederum stärkt die Demokratisierungsbestrebungen in einzelnen Staaten. Sechs von 55 afrikanischen Staaten gelten derzeit als junge, sich konsolidierende Demokratien. Ein weiterer Faktor ist die zunehmende Digitalisierung und Technisierung Afrikas, auch in von Armut dominierten Regionen. So nutzen beispielsweise in 18 Staaten, in denen über 75 Prozent der Bevölkerung keinen gesicherten Zugang zu Elektrizität haben, bereits 40 bis 50 Prozent der Menschen Mobiltelefone. Zudem etablieren sich Regionen relativer Stabilität mit kaum internen gewaltsamen Konflikten. Politische Stabilität ist besonders in Angola, Botswana, Ghana, Lesotho, Mauritius, Namibia, Sambia und Senegal hervorzuheben.

² Siehe „Die Delegitimation des IS-Narrativs: Was sind die Strategien unserer Partner?“, Metis Studie Nr. 4 (Mai 2018).

³ Siehe „Afrika – der aufsteigende Kontinent?“, Metis Studie Nr. 10 (Mai 2019).



Eine nachhaltige Unterstützung dieser Staaten durch westliche Staaten zur Stützung ihrer demokratischen und ökonomischen Transformationsprozesse scheint daher zielführend.

Einmischung von außen

Da der afrikanische Kontinent einer der Schwerpunkte im strategischen Wettbewerb zwischen dem Westen unter Führung der USA sowie Russland und China ist, ist die Einflussnahme externer Akteure ein weiterer Faktor für Instabilität. Die Einmischung westlicher Staaten orientiert sich an völkerrechtlichen Vorgaben, wird in den jeweiligen westlichen Gesellschaften demokratischer Kontrolle und zivilgesellschaftlicher Prüfung sowie Transparenz unterworfen und versucht in der Regel unter Gesichtspunkten der *Good Governance* sowohl die Lebensumstände, als auch wirtschaftliche Prosperität zu fördern. In seltenen Fällen führt aber auch diese Einmischung zu Instabilität, wenn beispielsweise liberale Transformationsprozesse von Teilen der jeweiligen Bevölkerung aus kulturellen oder religiösen Gründen abgelehnt werden. Auch können entstehende Abhängigkeitsverhältnisse bei Investitionen oder der Entwicklungshilfe sowie oktroyierte Rechtsauffassungen sich negativ auf die Stabilität auswirken. Bei Russland und China hingegen dominieren vor allem die wirtschaftliche Ausbeutung und Profitabilität (China und Russland) sowie die militärische Einflussnahme und Erweiterung der Interessensphären (Russland) ohne einen direkten Nutzen für die lokale Bevölkerung oder Regierungen anzustreben. Beide Staaten nutzen die wirtschaftliche Schwäche der afrikanischen Regierungen, um mit Hilfe von Krediten Einfluss auf politische und wirtschaftliche Entscheidungen zu nehmen. In diesem Zusammenhang wird von einer Schuldendiplomatie gesprochen.

Es ist davon auszugehen, dass China Investitionen nutzt, um seine Einflussosphäre in Afrika zu erweitern. In den letzten Jahren ist Peking zum größten bilateralen Kreditgeber geworden und hält über 83 Milliarden US-Dollar (USD) an Afrikas Schulden. Dies entspricht etwa 12 bis 13 Prozent aller afrikanischen Schulden. Chinesische Investitionen erreichten in Afrika 2016 mit 28,4 Milliarden USD ihren Höhepunkt. Seitdem sind die Darlehen zwar deutlich auf 1,9 Milliarden USD im Jahr 2020 zurückgegangen, dies lässt sich jedoch auf die COVID-19-Pandemie, veränderte chinesische Prioritäten und die Schwierigkeiten der afrikanischen Länder die Darlehen zu tilgen, zurückführen. Trotz des Rückgangs lässt sich der Gedanke, dass China Schulden strategisch nutzen könnte, um seinen Einfluss in Afrika auszuweiten und sich den Zugang zu Ressourcen zu sichern, nicht von der Hand weisen. Da in 2024 afrikanische Staaten Rekordsummen für die Tilgung aufbringen werden müssen, ist zu erwarten, dass die Restrukturierung der Schulden zu einem Zuwachs an chinesischem Einfluss führen wird. China ist zunehmend

auch militärisch aktiv, obwohl es bisher nur in Djibouti zum Schutz des strategisch wichtigen Seeweges nach Europa präsent ist. Das Netzwerk von chinesischen Verteidigungsattachés wurde ausgebaut und die Verkäufe von Verteidigungsgütern auf dem Kontinent erhöht. Derzeit ist unklar, ob China weitere Stützpunkte auf dem afrikanischen Kontinent plant, obwohl Gerüchte über Pläne für neue Stützpunkte in Äquatorialguinea und Kap Verde kursieren. China könnte sich in diesen Ländern um Liegeplatzrechte für die chinesische Marine bemühen, um eine Präsenz im Golf von Guinea aufzubauen. In Zukunft ist daher ein stärkeres militärisches Engagement Chinas absehbar.

Russland hat seinen Einfluss in Afrika in den letzten Jahren stärker ausgebaut als jeder andere externe Akteur. Diese Engagements reichen von der Vertiefung der Beziehungen in Nordafrika über die Einmischung in der Zentralafrikanischen Republik und der Sahelzone bis hin zur Wiederbelebung der Beziehungen aus dem Kalten Krieg im südlichen Afrika. Russlands Ansatz unterscheidet sich von anderen externen Akteuren dadurch, dass Moskau in der Regel auf irreguläre Mittel und *Proxies* zurückgreift, um seinen Einfluss auszuweiten. Der Einsatz von Söldnern, Desinformation, Wahlbeeinflussung, Unterstützung von Staatsstreichen und Geschäfte mit Waffen gegen Ressourcen haben stark zugenommen. Russlands Strategie zielt darauf ab, durch disruptives Vorgehen, strategische Korruption und die Schaffung von sicherheitspolitischen Abhängigkeitsverhältnissen anti-demokratische Kräfte in Afrika an sich zu binden. Anders als bei China, ist im Falle Russlands eine klare Trennung von militärischen und nicht-militärischen Mitteln kaum möglich. Söldner der Gruppe Wagner bilden beispielsweise im Auftrag Moskaus nicht nur Soldaten des jeweiligen Partnerregimes aus oder unterstützen Kampfeinsätze, sondern betätigen sich über den militärischen Bereich hinaus, indem sie politische und diplomatische Instrumente nutzen. Dieser kombinierte Ansatz ermöglicht es Moskau, durch die Bestechung lokaler Milizenführer, politische Beratung, die Gründung von Radiosendern und Zeitungen, die Ausrichtung von Internetsuchmaschinen auf russische Medien oder die Bereitstellung von Personenschutz Einfluss zu gewinnen. Russlands Interventionen in Afrika haben daher bereits jetzt weitreichende Auswirkungen auf die *Good-Governance*-Normen und die Sicherheit auf dem Kontinent. Ein solches Vorgehen befördert nicht nur die von Moskau angestrebte multipolare Weltordnung, da es die Erfolgsaussichten demokratischer politischer Systeme in Afrika reduziert. Es unterminiert zudem westliche Stabilisierungs- und Entwicklungsbestrebungen der letzten Dekaden, die Funktionalität regionaler internationaler Organisationen wie zum Beispiel ECOWAS (Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft) sowie bestehende Kooperationen zwischen afrikanischen und europäischen Staaten.

Sicherheitspolitische Implikationen afrikanischer Instabilität

Für Deutschland und Europa ergeben sich aus der politischen Instabilität in Afrika zahlreiche Herausforderungen. Das westliche Engagement im Rahmen der Vereinten Nationen, der EU oder in bilateralen Kooperationen auf dem Nachbarkontinent hat seit 1990 nur punktuell zu stabiler Staatlichkeit geführt. Vielmals wurden jahrelange Stabilisierungs- und Entwicklungsfortschritte durch neuerliche Konflikte zurückgeworfen oder gar annulliert. Auch wenn globale Projekte wie die *Millennium Development Goals* Erfolge verzeichnen konnten, so sind ihre Auswirkungen auf die politische Stabilität insgesamt ernüchternd. Eine Analyse der Entwicklung der politischen Stabilität der letzten Dekaden verdeutlicht einen anhaltenden negativen Trend (vgl. Abbildung 3).

Konzentration auf Konflikte hoher Intensität zu einer Vernachlässigung von Aufgaben bei Aufstandsbekämpfungs-, Friedenssicherungs- und Anti-Terror-Einsätzen zur Folge hat. Absehbare, von staatlicher Fragilität in Afrika ausgehende Risiken für Europa sind somit Terrorismus und neuerliche Radikalisierung. Vor allem die Sahelzone dient, durch die Schwäche der dortigen Staaten, extremistischen Gruppen als Organisations-, Rückzugs- und Ausbildungsraum. Das Gebiet von Mauretanien bis Somalia wird von Terrorismusexperten schon seit längerem als Kandidat für ein zukünftiges *Sanctuary* bezeichnet. Des Weiteren scheinen westliche Staaten derzeit kein probates Mittel zu haben, um die subversive Einflussnahme Russlands in Afrika einzudämmen. Je mehr Instabilität Russland produzieren kann, desto mehr Einfluss wird es erwartungsgemäß ausüben können. Die antizipierte

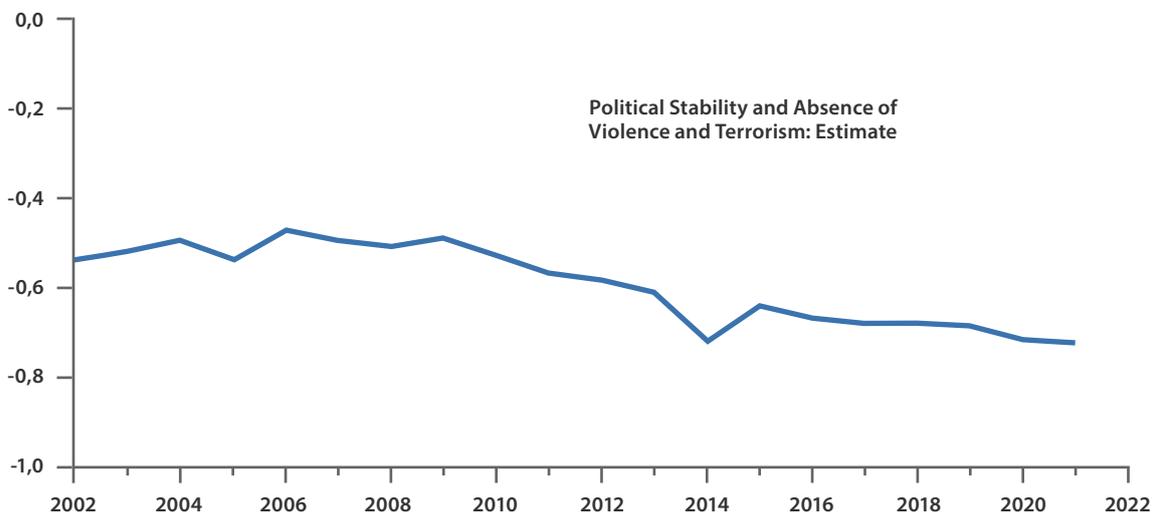


Abb. 3 Entwicklung politischer Stabilität in Afrika 1996 bis 2021 | Quelle: Darstellung des Autors basierend auf *Worldwide Governance Indicators*

Es ist zu erwarten, dass die Verschärfung des hegemonialen Systemkonflikts mit Russland und China, Afrika weiter in Mitleidenschaft ziehen wird. Dies liegt nicht nur an der beschriebenen Einmischung externer Akteure, sondern ist auch der Tatsache geschuldet, dass Staaten des Westens nicht Willens oder finanziell und personell fähig sein werden, ihr politisches und ökonomisches Engagement zu verstärken. Die USA fokussieren sich auf die Herausforderungen im Pazifik, während Europa sich primär auf den Konflikt mit Russland in der Ukraine konzentriert. Der schrittweise Rückzug westlicher Staaten aus Stabilisierungsmissionen in Afrika sowie die derzeitige Konzentration auf Russland hat langfristige sicherheitspolitische Folgen. Es ist zu erwarten, dass die

Beschlussunfähigkeit des Sicherheitsrats sowie die Bereitschaft von afrikanischen Staaten mit Moskau – auch bei bestehenden UN- oder EU-Missionen – zu kooperieren, verstärken diesen Trend. Bereits in der Zentralafrikanischen Republik und Mali zeigt sich wie vergleichsweise einfach Stabilisierungs- und Friedensmissionen durch Einfluss Russlands vorzeitig und mit ungünstigem Ergebnis beendet werden können. Diese Beispiele können Russland als Blaupause dienen, um weitere bestehende EU Trainings- oder bilaterale Missionen schrittweise zum Erliegen zu bringen. Ankündigungen von Wagner sich zukünftig mehr in Afrika zu engagieren, deuten bereits darauf hin, dass Russland in weiteren Ländern tätig werden will.



Auch im wirtschaftlichen Bereich sind die europäischen Markt- und Investitionsanteile rückläufig. Dieser Trend steht im direkten Kontrast zum Anliegen Europas sich bei der Ressourceneinfuhr, seltenen Erden oder der Energiegewinnung stärker von Russland und China unabhängig machen zu wollen. China hat sich innerhalb von 15 Jahren als wichtigster Investor und Kreditgeber etabliert und verzichtet – anders als europäische Staaten – auf Konditionen bei der Kreditvergabe, wie den Schutz von Menschenrechten oder Demokratiereformen. Das pragmatische Vorgehen Russlands und Chinas etabliert sich somit für immer mehr hybride Regime und autoritäre Staaten in Afrika als plausible Alternative zum liberalen westlichen Modell. In Zukunft ist dadurch ein Zuwachs von autoritären Regierungsformen, eine Zunahme von zwischenstaatlichen, transnationalen und ethnischen Konflikten, mehr kriegsökonomische Ressourcenkonflikte in Afrika sowie eine schrittweise Exklusion Europas vom afrikanischen Markt zu erwarten.

Handlungsempfehlungen für einen pragmatischen Umgang mit Instabilität in Afrika

Die EU-Staaten engagieren sich sicherheits- und entwicklungspolitisch bereits in Afrika. Deutschland legt dabei einen Fokus auf ressortgemeinsames, vernetztes und abgestimmtes Vorgehen. Die Schwerpunkttätigkeiten liegen in der regionalen Integration, Armuts-, Hunger- und Korruptionsbekämpfung sowie der Förderung rechtsstaatlicher Strukturen. Zudem werden Anreize für Wirtschaftswachstum und Handel, Wissenschaftskooperationen, kulturelle Zusammenarbeit und Umweltschutz geschaffen. Der Beitrag der Bundeswehr konzentriert sich vor allem auf die Stärkung der Friedens- und Sicherheitsarchitekturen in Afrika. Daraus leiten sich für die Bundeswehr konkrete Aufgaben wie Ausstattungshilfe, Beratung, Ertüchtigung und Ausbildung für Sicherheitskräfte in Partnerstaaten ab. Ziel ist es, die afrikanischen Staaten zu besserem Krisenmanagement zu befähigen. Ausbildungshilfe zur Verbesserung der afrikanischen Kapazitäten für schnelle Einsätze, der Förderung maritimer Fähigkeiten, der Bekämpfung der Waffenproliferation oder des Terrorismus sind Beispiele für erfolgreiche Vorhaben. Zukünftig sollte Deutschland sich sicherheitspolitisch auf die jungen Konsolidierungsdemokratien (unter anderem Senegal, Ghana, Namibia, Botswana und Südafrika) konzentrieren. Eine verstärkte Unterstützung dieser Staaten kann deren demokratische Entwicklung begünstigen und externe Einflussnahme durch autoritäre Staaten verhindern. Aus diesen Inseln der Stabilität heraus können im Anschluss Anrainer sicherheitspolitisch integriert werden und so eine Zivilisierung der Streitkräfte, Polizei und Justiz gestützt werden. Anstrengungen müssen auch auf die großen Streitkräfte des Kontinents gerichtet werden, da diese eine Schlüsselrolle bei Friedenssicherungsmissionen afrikanischer internationaler Organisationen

einnehmen. Diese sind beispielsweise Angola, Äthiopien, Burundi, Nigeria, Kamerun oder Tansania. Um den demokratischen und wirtschaftlichen Einfluss Europas in Afrika sicherzustellen, sollte über eine europäisch-afrikanische Eingreiftruppe für Afrika nachgedacht werden, die nationale und internationale Akteure in Krisensituationen unterstützt, subversive Maßnahmen Russlands konfrontiert und durch hybride Einflussnahme bedrängte Staaten sicherheitspolitisch stabilisiert. Zudem könnten in diesem Zusammenhang europäische, als Stabilitätsanker wirkende, Stützpunkte afrikanischer Schlüsselstaaten etabliert werden. Letztlich sollten bereits erfolgreiche Kooperationen mit nationalen Partnern und regionalen Organisationen weiter intensiviert werden, um in spezifischen Politikfeldern (wie zum Beispiel der maritimen Sicherheit) die afrikanischen Staaten schrittweise zu befähigen, zukünftige Herausforderungen eigenständig zu bewältigen.

Auch wirtschaftspolitisch ist es an der Zeit über ein europäisches Gegenprojekt zur chinesischen Seidenstraße mit Afrika nachzudenken. Zwar existieren bereits Initiativen auf europäischer Ebene und auch in Deutschland hat jüngst das BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) eine neue Ressortstrategie zu Afrika verabschiedet, die europaweit verorteten Summen und Kleinprojekte werden den Problemen und dem Potenzial des Kontinents aber nur in geringem Maße gerecht. Die EU müsste gemeinsam mit regionalen internationalen Organisationen sowie afrikanischen Schlüsselpartnern ein bis 2050 angelegtes Förderprogramm in Höhe von 300 bis 500 Milliarden Euro aufsetzen. Ziel sollte es sein, durch Investitionen in Bereichen wie Energie, Verkehr, Agrar-, Industrie-, IT-, Dienstleistungssektor, Bildungswesen und Klimaschutz die afrikanische Mittelschicht weiter auszubauen. Solche Investitionen sollten aber nicht neue Abhängigkeitsverhältnisse etablieren, sondern primär sicherstellen, dass die EU als Stakeholder am nachhaltigen wirtschaftlichen Aufbau Afrikas beteiligt bleibt. Auf Grundlage des Aufbaus nachhaltiger wirtschaftlicher Prosperität können dann zivilgesellschaftliche, rechtliche und organisatorische Unterstützungsleistungen die Transformation afrikanischer Gesellschaften hin zu Demokratie und *Good Governance* stützen. Die bisherigen und aktuellen Programme haben hohe Genehmigungshürden und implizierte normative Voraussetzungen, die in weiten Teilen Afrikas auf Widerstand stoßen. Auf einem Kontinent mit vorwiegend hybriden oder stark autoritären Regierungssystemen werden bisherige Ansätze daher kaum über kleinere Teilerfolge hinauskommen. In Zukunft könnten daher folgende Maßnahmen in Erwägung gezogen werden:

Initiativen der Bundeswehr

- enge Partner- und Patenschaft mit einzelnen afrikanischen Schlüsselstaaten



- Abstimmung mit weiteren EU-Staaten, um ein breites und abgestimmtes sicherheitspolitisches Kooperationsnetz zu schaffen
- Afrikanische Anti-Terror-Einsätze durch Ausbildungsmissionen, Ausrüstungstransfer und gemeinsame Einsätze unterstützen

EU African Deal 2050+

- Aufsetzen eines 300 bis 500 Milliarden Euro Investitionsrahmenprogramms der EU für Afrika bis 2050
- Roadmap für kooperative Investitionen in den Bereichen Energie, Verkehr, Agrar, Industrie, Ressourcen, IT, Dienstleistung, *Supply-Chains*, Infrastruktur, Arbeitsmarkt, Bildung, Klimaschutz
- Fokussierung auf ökonomische Prosperität anstelle von normativen Voraussetzungen und Vorgaben
- auf Grundlage wirtschaftlichen Wachstums zivilgesellschaftliche Transformations- und Demokratisierungsprozesse, Durchsetzung von Menschenrechten und Minderheitenschutz unterstützen

Internationale Initiativen zwischen der EU und afrikanischen Organisationen

- Die Schaffung einer permanenten EU-Eingreiftruppe für Afrika. Die Eingreiftruppe sollte zu gleichen Teilen aus Kontingenten der EU- und Afrikanische Union-Staaten bestehen.
- Für regional spezifische Einsätze sollten identische Kontingente mit den Regionalorganisationen ECOWAS, Ostafrikanische Gemeinschaft (EAC) und Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika (SADC) etabliert werden.
- Dabei sollte es sich nicht um ein ausschließlich militärisches Unterfangen handeln. Sinnvoll wäre vielmehr ein Mechanismus, der das gesamte Spektrum des Krisenmanagements (humanitäre Notlagen, Pandemien, Naturkatastrophen und Friedenssicherung) abdeckt.

IMPRESSUM**Herausgeber**

Metis Institut
für Strategie und Vorausschau
Universität der Bundeswehr München
Web: metis.unibw.de
Twitter: @metis_institut

Autor

Dr. Konstantinos Tsetos
metis@unibw.de

Creative Director

Christoph Ph. Nick, M. A.
c-studios.net

Bildnachweis

Titel: *Low Poly Illustration von Abb. 2 »Politische Instabilität auf substaatlicher Ebene in Afrika, Mai 2023«, Darstellung des Autors, basierend auf »Armed Conflict Location & Event Data Project«.*

ISSN-2627-0587

Dieses Werk ist unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International zugänglich.

